

Münster, 05.06.2026

Ratsantrag

Mehrweg für Münster – Reduktion des Verpackungsmülls für Einweg-Außer-Haus-Verpackungen

Der Rat möge beschließen:

1. Der Rat bekennt sich zu dem Ziel, das Aufkommen von Einwegverpackungen in Münster zu reduzieren und damit zur Schonung der natürlichen Ressourcen und zur Verbesserung der Stadtsauberkeit beizutragen. Dazu wird in Zusammenarbeit mit Münsters Gastronomie sowie allen relevanten Akteur*innen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung (u.a. Grünflächenamt, Stabsstelle Klima, Abfallwirtschaftsbetriebe Münster, IHK, Dehoga, Kreishandwerkerschaft, Handwerkskammer usw.) eine umfassende Initiative zur Einführung und Bewerbung eines einheitlichen Mehrweg-Systems für Außer-Haus-Einweg-Verpackungen umgesetzt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diese Initiative und die beteiligten Akteur*innen zu koordinieren und dazu auf bestehenden Strukturen, Netzwerken und Initiativen (z.B. Münster für Mehrweg) und deren Erfahrungen aufzubauen bzw. diese weiterzuentwickeln.
3. Die Initiative entwickelt auch eine Kommunikationskampagne zur Bewerbung des Mehrweg-Angebots und der Vorteile von weniger Einwegverpackungsmüll, um sicherzustellen, dass das Mehrweg-System bekannt und genutzt wird.
4. Die Stadtverwaltung schlägt geeignete flankierende Maßnahmen vor, um die Unternehmen aus Münsters Gastronomie bei der Einführung von Mehrwegsystemen zu unterstützen. Dabei sollen ausdrücklich auch erfolgreiche Best-Practice-Beispiele aus anderen Kommunen und Regionen berücksichtigt und ausgewertet werden.
5. Die Vorbereitungen für die Initiative werden im dritten Quartal 2026 begonnen, so dass sie zu Beginn des Jahres 2027 für eine einjährige Pilotphase an den Start gehen kann. Die einjährige Pilotphase wird kontinuierlich evaluiert und soll spätestens im Frühjahr 2028 abgeschlossen sein.
6. Das Projekt wird zur Evaluierung extern begleitet, um die Auswirkungen hinsichtlich des Anteils an Mehrwegverpackungen und Reduktion des Verpackungsmülls zu überprüfen. Die Stadtverwaltung tritt hierzu in Kontakt mit den Hochschulen.
7. Wenn sich in der Evaluierung eine signifikante Verbesserung des Mehrweg-Anteils und der Abfallvermeidung feststellen lässt, wird die Initiative fortgeführt und regelmäßig

evaluiert, um sicherzustellen, dass die Initiative auch langfristig Verpackungsmüll einspart. Stellen sich keine signifikanten Veränderungen ein, behält sich der Rat vor, zum 2. Halbjahr 2028 eine Verpackungssteuer einzuführen.

Begründung:

Der massive Anstieg von Einweg-Außer-Haus-Verpackungen belastet nicht nur das Stadtbild, sondern verschärft die Ressourcenknappheit und die Klimakrise. Durch die konsequente Reduktion von Einwegverpackungen kann Münster einen messbaren Beitrag zur Schonung natürlicher Rohstoffe leisten, Treibhausgasemissionen senken und die Stadtsauberkeit nachhaltig verbessern.

Ein einheitliches Mehrweg-System, das in enger Kooperation mit Gastronomie, Handwerk, Abfallwirtschaft und Forschungseinrichtungen entwickelt wird, schafft klare Rahmenbedingungen und wirtschaftliche Anreize für Unternehmen. Die Unterstützung seitens der Stadtverwaltung, etwa durch Förderungen und beratende Services, reduziert Einstiegshürden, stärkt lokale Betriebe und fördert Innovationen im Bereich zirkulärer Wirtschaft. Bereits in der Vergangenheit gab es mit "Münster für Mehrweg" eine Initiative mit unterschiedlichen beteiligten Akteur*innen, um ein einheitliches Mehrweg-Pfandsystem aufzubauen. Auf den bestehenden Strukturen soll aufgebaut und der Akteur*innenkreis ggf. erweitert werden.

Eine begleitende Kommunikationskampagne erhöht das Bewusstsein der Bürger*innen für die Vorteile von Mehrweg und motiviert zu einem veränderten Konsumverhalten. Hierbei haben insb. Die umsetzenden Betriebe und die Verbände aus Gastronomie und Handwerk ein großes Potential und Reichweite, um das Mehrweg-Angebot bei ihren Kund*innen zu bewerben.

Die wissenschaftliche Begleitung und regelmäßige Evaluation sichern Transparenz, ermöglichen datenbasierte Anpassungen und garantieren, dass die Maßnahme erst dann dauerhaft verankert wird, wenn sie nachweislich den Mehrweg-Anteil und die Abfallvermeidung steigert. Sollte die Initiative erfolgreich sein, muss durch eine kontinuierliche Evaluierung überprüft werden, ob eine Mehrweg-Initiative auch ohne die Einführung einer Verpackungssteuer langfristig die gewünschten Ziele nach weniger Verpackungsmüll erreicht.

Sollte die Pilotphase trotz aller Maßnahmen keine signifikanten Verbesserungen erzielen, bietet die geplante Verpackungssteuer ein wirksames, marktwirtschaftlich orientiertes Instrument, um Fehlanreize zu korrigieren und den Übergang zu einer ressourcenschonenden Stadtversorgung konsequent voranzutreiben.

gez.
Dr. Leandra Praetzel
Albert Wenzel
und Fraktion

gez.
Stephan Brinktrine
Noah Börnhorst
und Fraktion

gez.
Maren Berkenheide
und Fraktion